

Stadtplanung / Wirtschaft

Rat ö 04.11.2008

Bebauungsplan Nr. 464 – Gewerbepark westlich Sutthauer Straße/nördlich BAB A 30 – 5. Änderung (TOP 11 f)

Herr Ratsvorsitzender Thöle übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Bürgermeister Jasper.

Beratungsverlauf:

Herr Dr. E. h. Brickwedde hebt die Bedeutung der bevorstehenden Debatte für die Stadtentwicklung hervor. Er verweist auf die schwere Krise der Finanzmärkte, die die Realwirtschaft bedrohe. Daneben verweist er speziell in Osnabrück auf große Beschäftigungsrückgänge in hiesigen Unternehmen. Vor diesem Hintergrund sei die bevorstehende Entscheidung mit besonderer Ernsthaftigkeit zu betreiben, da hierdurch ein wichtiges Unternehmen stabilisiert werden und zusätzliche Arbeitsplätze gewonnen werden könnten. Er verweist auf die Berichterstattung in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, die am gleichen Tage berichtet, dass eine Abstimmungsniederlage des Oberbürgermeisters gegen seine eigene Fraktion bevorstehe. Er verweist auf andere Vorgänge, zu denen die SPD-Fraktion eine andere Haltung als der Oberbürgermeister eingenommen habe oder in sich keine eindeutige Meinung vertreten habe. Er stellt die Frage nach der Loyalität der SPD-Fraktion dem direkt gewählten Oberbürgermeister gegenüber. Er stellt fest, dass innerhalb der CDU-Fraktion die Meinung vertreten werde, dass in dem vorliegenden Bebauungsplanverfahren alle Fakten in einem ordentlichen Verfahren geprüft werden sollen. Nach ersten gutachterlichen Stellungnahmen gebe es Anzeichen dafür, dass die befürchteten Probleme nicht in dem skizzierten Umfang entstehen werden. Die CDU-Fraktion spricht sich einstimmig für die Annahme der Verwaltungsvorlage aus, um hiermit die erforderliche Prüfung und Bürgerbeteiligung zu ermöglichen und zu einer sachgerechten Entscheidung zu kommen.

Herr Henning hebt ebenfalls die Bedeutung und Schwere der Entscheidung hervor. Er weist die Ausführungen von Herrn Dr. E. h. Brickwedde zu dem Verhältnis zwischen Oberbürgermeister und SPD-Fraktion zurück. Er erinnert daran, dass der derzeit gültige Bebauungsplan eine Gebäudehöhe von 12,5 m zulasse. Er stellt fest, dass im Juli von SPD-Fraktion und FDP-Fraktion gemeinsam beantragt worden sei, dass sich die bauliche Entwicklung im Änderungsbereich, insbesondere bei der Gebäudehöhe, an den Vorgaben des jetzt gültigen Bebauungsplanes orientieren sollte, wohingegen heute ein Vorschlag über eine Höhe des Hochregallagers von 29,00 m vorliege. Er erinnert an die lange Geschichte des Gewerbegebietes, in deren Verlauf die SPD-Fraktion sich für den Gewerbepark Burenkamp ausgesprochen habe. Dabei seien die Rahmenbedingungen für einen ökologischen Gewerbepark festgeschrieben worden, wobei hier zwischenzeitlich ein Industriegebiet zu entstehen drohe. Er hebt die Bedeutung der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit für die SPD-Fraktion hervor. Gleichzeitig spricht er sich für die Einhaltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes aus und verweist darauf, dass im Bereich Burenkamp bereits zu früherem Zeitpunkt der Wunsch eines Anliegers nach Erweiterung der bestehenden Gebäude abgelehnt wurde. Namens der SPD-Fraktion spricht er sich gegen die Annahme des Beschlussvorschlages aus.

Herr Hagedorn nimmt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beschlussvorlage Stellung. Er verweist ebenfalls auf die Geschichte der Entstehung des Gewerbegebietes, die sehr streitbefangen gewesen sei und erinnert daran, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich seinerzeit gegen das Gewerbegebiet ausgesprochen habe. Um die seinerzeitige Debatte zu beruhigen, seien von denen,

die das derzeitige Gewerbegebiet beschlossen haben, Kriterien festgeschrieben und Versprechungen gemacht worden; er verweist auf seine Zitierung der Unterlagen, die der frühzeitigen Bürgerbeteiligung zugrunde gelegen haben in der Juli-Ratssitzung. Das geplante Tiefkühl-Hochregal-Lager sei nach seinen Recherchen mit sonstigen Logistikzentren zu vergleichen, die an großen Industriestandorten aber nicht in Gewerbegebieten anzutreffen seien. Er bezeichnet den Standort Burenkamp objektiv für das geplante Vorhaben als ungeeignet und vor der Entstehungsgeschichte als nicht vertretbar. Das ins Feld geführte Arbeitsplatzargument weist er als unzutreffend zurück. Er spricht sich namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Annahme des schriftlich vorliegenden Änderungsantrages des Ratsmitgliedes Herrn Mierke aus.

Herr Ratsvorsitzender Thöe übernimmt erneut die Sitzungsleitung von Herrn Bürgermeister Jasper.

Frau Sliwka legt dar, dass die Bedeutung des Wirtschaftsvorhabens im Hinblick auf die Größe der hierfür erforderlichen Eingriffe zu relativieren sei. Sie führt aus, dass die vorgelegte Planung nicht alternativlos sei. Auch sie erhebt die Forderung nach Einhaltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes. Sie bezeichnet es als legitim für den interessierten Investor, die Machbarkeit des Projektes abzufragen; gleichzeitig werde es jedoch für legitim gehalten, die Planung zum jetzigen Zeitpunkt abzubrechen, da hierdurch ohne Not ein Präzedenzfall geschaffen werde und der Gleichbehandlungsgrundsatz in Gefahr sei. Sie betont den weiterhin erhalten bleibenden Grundkonsens über den Bestand des Bebauungsplanes. Auch sie hebt die von der Politik zu erwartende Verlässlichkeit als bedeutsam hervor. In Anbetracht der Unsicherheit, mit denen die weiteren Verfahrensschritte behaftet wären, appelliert sie an den Investor, einen anderen Standort für das Vorhaben zu suchen.

Herr Hus weist namens der SPD-Fraktion die im Verlauf der Diskussion vorgebrachten Vorwürfe der Investitionsfeindlichkeit oder der Verhinderung von Arbeitsplätzen zurück. Er verweist auf die ursprüngliche Planung und die Weiterentwicklung des Gewerbeparks, die stets mit Zustimmung der SPD-Fraktion erfolgt sei. Nach Durchführung der jeweils erforderlichen Abwägung seien Entscheidungen zugunsten der Firma Köster, für die Ansiedlung der jetzt dort ansässigen Autohäuser sowie der Baufirma Hoch-Tief und der Erweiterung der Firma Roncadin mitgetragen worden, um den Standort zu sichern, was die Firma Roncadin auch zugesichert habe. Er stellt fest, dass keinem der beteiligten Ratsmitglieder unterstellt werden könne, dass es an dem Abwägungsprozess leichtfertig teilgenommen habe und jedem die notwendige Ernsthaftigkeit hierbei zu unterstellen sei. Zu dem Argument der Demontage des Oberbürgermeisters durch die SPD-Fraktion weist er auf die grundsätzlich unterschiedlichen Funktionen von Rat und Oberbürgermeister hin; entsprechende unterschiedliche Beurteilungen einzelner Vorgänge liegen hierbei in der Natur der Sache. Er verweist darauf, dass die SPD-Fraktion den Oberbürgermeister bereits vor seiner Wahl in seiner Haltung bezüglich der Absage der Bundesgartenschau unterstützt habe. Er stellt fest, dass innerhalb der SPD-Fraktion keinesfalls ein Fraktionszwang in der vorliegenden Frage ausgeübt werde; vielmehr habe sich eine Minderheit, die eine abweichende Auffassung vertreten habe, vom Standpunkt der Mehrheit überzeugen lassen.

Herr Dr. Thiele legt dar, dass die FDP-Fraktion die Auffassung vertreten habe, dass zunächst in den Abwägungsprozess eingestiegen werden solle. Nunmehr sei bereits deutlich geworden, dass unabhängig von der Größe einer Erweiterung der Firma Roncadin die Emissionsprobleme und verkehrliche Probleme weiterhin zu untersuchen sein werden. Er macht deutlich, dass Frau Sliwka ihren persönlichen Standpunkt vertreten habe und die FDP-Fraktion in ihrer Mehrheit für eine

Fortführung des Planungsprozesses eintrete. Hierin sei kein Präjudiz für die fernere Entscheidung zu sehen. Er bittet darum, dem eingeleiteten Verfahren eine Chance zur Fortführung einzuräumen.

Herr Cheeseman sieht die Kriterien eines ökologischen Gewerbeparks für das Gebiet Burenkamp nicht erfüllt. Er legt dar, dass in Anbetracht der Tatsache, dass das Gewerbegebiet ohnehin nicht als ökologischer Gewerbepark zu bezeichnen sei, eine Gebäudehöhe von 12,50 m für ihn zustimmungsfähig gewesen wäre.

Frau Bartnik hebt die generell ablehnende Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegenüber dem Gewerbegebiet hervor. Sie legt dar, dass von den Ratsmitgliedern die Gesamtinteressen der Osnabrücker Bevölkerung zu vertreten seien. Die von mehreren Ratsmitgliedern eingeforderte Verlässlichkeit fordert sie auch für die bereits getroffene Festlegung durch den Rat im Hinblick auf die einzuhaltende Gebäudehöhe ein. Sie kritisiert, dass die Verwaltung die Forderung nach der Suche alternativer Standorte nicht bearbeitet habe und skizziert ein Ansteigen der verkehrlichen Probleme, die von einem möglichen Tiefkühl-Hochregal-Lager ausgehen würden. Eine Fortführung des Verfahrens bezeichnet sie als nicht sachgerecht und unfair gegenüber dem Unternehmen R & R.

Herr Jasper macht deutlich, dass in der heutigen Ratssitzung lediglich über die Fortführung des Verfahrens zu beschließen sei. Er macht deutlich, dass in der zurückliegenden Bürgerveranstaltung deutlich geworden sei, dass von der ursprünglich geplanten Höhe des Hochregal-Lagers bereits abgegangen wurde. Die zu erwartenden Verkehrs- und Lärmbelastungen werden keine Größenordnung erreichen, die dazu führen könnte, dass das bisherige Verfahren abgebrochen werden müsse. Er spricht sich vielmehr dafür aus, weitere Aspekte zu überprüfen.

Herr Twent legt dar, dass die in der Stadtentwicklungsausschusssitzung durchgeführte Computersimulation deutlich gemacht habe, dass das Landschaftsbild nicht zerstört werde. Er fordert im Interesse der gesamtstädtischen Interessen, das Verfahren fortzuführen.

Frau Galitz spricht sich dafür aus, trotz der vorhandenen unterschiedlichen Sichtweisen der Bevölkerung in den betroffenen Stadtteilen dem Gewerbebetrieb die Fortführung eines weiteren geordneten Verfahrens nicht zu verwehren. Am Ende des Verfahrens müsse dann auf einer sachlichen Ebene über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Frau Meyer zu Strohen verweist auf die in jüngster Vergangenheit zu verzeichnenden Arbeitsplatzverluste in Osnabrück. Sie weist darauf hin, dass die Firma R & R den Erweiterungsbau zur Optimierung ihrer Arbeitsabläufe benötige und macht deutlich, dass die Festlegungen eines Bebauungsplanes nicht statisch seien; zu Recht erwarten die betroffenen Bürger und der Gewerbebetrieb die Verlässlichkeit des Rates, sich in ein offenes Verfahren zu begeben.

Herr Mierke unterbreitet den folgenden Änderungsantrag:

„Die aktuell vorgelegte Planung R & R Icecream für das Gewerbegebiet Burenkamp wird ersatzlos aufgegeben. Die Verwaltung und die Wirtschaftsförderung werden beauftragt, in der Region Osnabrück nach alternativen Standorten für das von der Firma geplante Zentrallager zu suchen.“

Trotz des in Rede stehenden Arbeitsplatzargumentes spricht er sich nachdrücklich gegen die Errichtung des Hochregal-Lagers aus, da anderenfalls das Landschaftsbild nachhaltig gestört würde. Im Sinne der geforderten Verlässlichkeit spricht er sich dafür aus, zum jetzigen Zeitpunkt ein eindeutiges Signal an den Investor zu geben.

Frau Jabs-Kiesler legt dar, dass sie von einigen Mitgliedern der SPD-Fraktion gebeten wurde, eine kurze Erklärung dieser Mitglieder abzugeben. Sie verweist auf

intensivste und lang andauernde fraktionsinterne Beratungen der Angelegenheit im Beisein des Oberbürgermeisters. Die Mitglieder für die sie spricht, würden bei Freigabe der Abstimmung für die Fortführung eines weiteren Planverfahrens stimmen. Sie zitiert Presseverlautbarungen, in denen die Frage gestellt wurde, ob einige in der SPD-Fraktion den Mut finden würden, sich offen gegen die Fraktionslinie zu stellen. Sie stellt fest, dass es sich hierbei nicht um eine Frage des Mutes sondern der persönlichen Einsicht handele. Diese gehe dahin, dass die Arbeitsfähigkeit der Fraktion erhalten werden solle. Dieses sei jedoch nicht gegeben, wenn eine deutliche Mehrheit der Fraktion eine andere Auffassung vertrete. Im Interesse der Arbeitsfähigkeit der Fraktion werde daher die Haltung der Mehrheit getragen. Sie äußert abschließend die Hoffnung, dass die Firma Roncadin bei ihrer Haltung bleibe, den sehr guten Standort in Osnabrück aufrechtzuerhalten.

Herr Oberbürgermeister Pistorius weist die getroffenen Aussagen zu einer „Demontage des Oberbürgermeisters“ zurück. Er nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Hus, der bereits auf die in der Natur der Sache liegenden unterschiedlichen Sichtweisen zwischen direkt gewähltem Oberbürgermeister und den Ratsfraktionen hingewiesen habe. Er hebt seine Verpflichtung zur überparteilichen Ausübung des Amtes hervor und weist gleichzeitig die Annahme prinzipieller Gegensätze zwischen SPD-Fraktion und Oberbürgermeister zurück. Die sich abzeichnende Ratsentscheidung hält er für falsch und verweist auf den bereits erfolgten Personalabbau anderer Osnabrücker Firmen. Er macht deutlich, dass es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von Unternehmen wie Karmann oder Schlecker nicht zu vermitteln sei, dass man zwar einerseits sich mit ihnen gemeinsam für den Erhalt von Arbeitsplätzen einsetze, dann aber gleichzeitig die Expansion eines ortsansässigen Unternehmens und damit die Schaffung von rund 100 Arbeitsplätzen verhindere, die in ihrer Qualifikation genau jenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kommen könnten. Er legt dar, dass die mehrfach geforderte Verlässlichkeit von Ratsentscheidungen keine eindimensionale Größe sei und auf aktuelle Entwicklungen reagiert werden müsse. Die erforderliche Fortschreibung von B-Planverfahren sei üblich und müsse entsprechenden Entwicklungen Rechnung tragen. In der prinzipiellen Bedeutung für das weitere Verfahren habe die Frage nach der Höhenbegrenzung des Hochregal-Lagers von der Verwaltung dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen. Entsprechend seinen Aufgaben als Oberbürgermeister werde er auch künftig entsprechenden Fragestellungen nicht ausweichen. Im Hinblick auf das Engagement der Stadt Osnabrück auf der Exporeal habe er Sorge, dass der derzeitige Vorgang ein schlechtes Signal an Investoren und Projektentwickler darstelle, die sich mit dem Standort Osnabrück beschäftigen. Er bedauert die sich abzeichnende Entscheidung, wonach das Verfahren abgebrochen werde. Die von Frau Sliwka vorgetragene Argumentation weist er zurück und hebt die Verantwortung der kommunalen Mandatsträger für die gesamtstädtischen Interessen hervor. Im Übrigen stelle sich die Frage, ob dann nicht schon jetzt feststehe, dass bei anderen Erweiterungsabsichten der Firma Roncadin im Gewerbegebiet, auch diese vom Rat mit Hinweis auf die vorgetragene Argumentation, abgelehnt würden. Zu dem Änderungsantrag von Herrn Mierke macht er deutlich, dass eine Standortsuche der Verwaltung und der Wirtschaftsförderung Osnabrück im Umland nicht umsetzbar sei. Im Übrigen sei dieses nicht vereinbar mit dem Auftrag eines kommunalen Mandats für die Stadt Osnabrück. Insgesamt hält er den Zeitpunkt der heutigen Entscheidung für falsch.

Zunächst führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag von Herrn Mierke wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

Die aktuell vorgelegte Planung R & R Icecream für das Gewerbegebiet Burenkamp wird ersatzlos aufgegeben. Die Verwaltung und die Wirtschaftsförderung werden beauftragt, in der Region Osnabrück nach alternativen Standorten für das von der Firma geplante Zentrallager zu suchen.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Ratsmitglieder Cheeseman und Mierke **abgelehnt**.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über die folgende Verwaltungsvorlage herbei:

Beschluss:

Die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 464 – Gewerbepark Sutthausen Straße/nördl. BAB A 30 – soll unter der Maßgabe weitergeführt werden, dass die maximal zulässigen Gebäudehöhen auf 29,00 m begrenzt werden. Im Verfahren sind die bereits formulierten Fragenkomplexe (u. a. Denkmalschutz, Lärm, Verkehr, Kompensation) möglichst frühzeitig abzarbeiten und die Ergebnisse den Ratsgremien vorzulegen.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird mehrheitlich von den Mitgliedern der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsmitglieder Herr Cheesemann und Herr Mierke gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und des Oberbürgermeisters **abgelehnt**.